

Kurzinformationen

zusammengestellt von Ram Pradhan und Walter Keller

Ungeklärte politische Lage

Am 28. August wird das Oberste Gericht Nepals über den weiteren politischen Werdegang des Landes entscheiden. Hintergrund ist die Auflösung des erst Ende letzten Jahres gewählten Parlaments durch König Birendra am 13. Juni und die

Einsetzung der bis dahin regierenden 'Communist Party of Nepal - UML' (CPN-UML) als Übergangsregierung bis zu den für den 23. November ausgeschriebenen Neuwahlen. Die elf obersten Richter des Landes müssen nun prüfen, ob König Birendra im Einklang mit der Verfassung gehandelt hat (die Ent-

scheidung stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest).

Während die CPN-UML die Richtigkeit der Entscheidung des Königs nicht anzweifelt und sich für die Wahlen Ende des Jahres gute Chancen für einen erneuten Wahlsieg - mit absoluter Mehrheit - ausrechnet, sind es die größten Oppositionsparteien 'Nepali Congress' (NC), 'Rashtriya Prajatantra Party' (RPP) und 'Nepal Sadbhavana Party' (NSP), die die Auflösung des Hauses rückgängig machen wollen. Das Argument des NC ist, er verfüge nunmehr durch die Unterstützung der RPP und NSP über eine Mehrheit im Parlament, und König Birendra müsse deshalb den NC mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragen, ohne das dafür Neuwahlen notwendig seien.

Hintergrund der politischen Krise ist, daß die bei den Wahlen Ende letzten Jahres siegreiche CPN-UML über keine absolute Mehrheit im Parlament verfügte und auf Duldung oder Unterstützung anderer Parteien angewiesen war. Eine solche Duldung der Minderheitenregierung war auch bis zum 13. Juni noch durch RPP und NSP gegeben, wurde aber dann aufgekündigt. Die Parteien teilten mit, sie wollten nunmehr den 'Nepali Congress' unterstützen.

Wie auch immer die Entscheidung des Obersten Gerichts ausgehen mag: die politische Krise wird damit nicht zu Ende sein. Sollte das Gericht die Entscheidung des Königs bestätigen, wird das Land erneut in einen Wahlkampf gestürzt, der nicht nur mit Gewalt sondern auch mit hohen finanziellen Kosten verbunden sein dürfte. Eine gegenteilige Entscheidung würde bedeuten, daß die Anhänger der CPN-UML möglicherweise durch ihre vehementen Straßenproteste zu neuer politischer Instabilität beitragen. Beides könnte die noch sehr labile Demokratie im Himalayastaat ernsthaft gefährden.

Umfangreiche Straßenproteste wurden bereits von der der CPN-UML Regierung nahestehenden Zeitung 'Dristi' angekündigt. In einem 'Editorial' des Herausgebers Raghuj Pant weist dieser darauf hin, daß eine Entscheidung des Obersten



Premierminister Adhikari im Schulterschuß mit dem Königshaus? (Foto: Walter Keller)

Gerichtshofes gegen die Weisung König Birendras den Monarchen in eine sehr peinliche Situation bringen könnte. Indirekt bringt er zum Ausdruck, daß dann die konstitutionelle Monarchie infrage gestellt sei. Die Äußerungen Panta haben heftige Proteste ausgelöst. Unter anderem wurde ihm vorgeworfen, mit solchen Äußerungen die Entscheidung des Gerichts beeinflussen zu wollen. Laut Presseberichten hätten die elf Richter bereits Briefe erhalten, in denen mit Konsequenzen gedroht würde für den Fall, daß sie sich gegen die Entscheidung des Königs aussprechen. Andere Beobachter befürchten bei einer Fortsetzung der instabilen politischen Lage möglicherweise eine Rückkehr zum autoritären System, das in Nepal seit 1960 existierte und durch den Kampf der Demokratiebewegung 1990 beendet wurde.

Unzufriedenheit

Laut einer Untersuchung der 'Alliance for Democracy in Nepal' sind 33 Prozent der befragten Nepalesen der Auffassung, daß sich seit den politischen Veränderungen von 1990 nichts zum Positiven verändert habe. 30 Prozent zeigten sich zufrieden, 24 Prozent bezeichneten die Entwicklungen als gut und nur 12 Prozent als exzellent. Obwohl sich 29 Prozent der Befragten negativ zum neuen Haushaltsentwurf der Regierung äußerten, brachten 31 Prozent zum Ausdruck, bei Neuwahlen wieder die CPN-UML zu wählen.

Weltbank stoppt Arun III

Die Kritiker des umstrittenen Staudammprojektes Arun III in Nepal haben einen Grund zum Feiern: Weltbankpräsident James Wolfensohn und der nepalische Premierminister Adhikari einigten sich darauf, daß die Weltbank nicht länger für die Finanzierung des seit Jahren geplanten Projektes bereit steht. Statt dessen wolle man sich für die Entwicklung alternativer Szenarien zur Energiegewinnung einsetzen. Wolfensohn teilte die Entscheidung dem Exekutivdirektorium der Weltbank in einer Sondersitzung mit. Begründet wird die Entscheidung von der Weltbank mit den institutionellen Schwächen innerhalb Nepals und den zu erwartenden langfristigen sozialen Folgen. Außerdem war ausschlaggebend, daß einige weitere Geber nicht bereit sind, kurzfristig die Kofinanzierung zu

übernehmen. Die laut unabhängiger Prüfungskommission der Weltbank (Inspection Panel) vorhersehbaren ökologischen und sozialen Folgen im Projektgebiet wurden nicht in die Begründung einbezogen.

"Späte Einsicht bei der Weltbank! Aber Arun III wird vermutlich nicht das letzte schlecht geplante Projekt der Weltbank sein. Erst wenn umfassende strukturelle Veränderungen in der Bank erfolgen, besteht eine Chance, daß Fälle wie Arun III gar nicht erst entstehen", kritisiert Maike Rademaker von der Umweltschutzorganisation 'Urgewalt'.

"Für die nepalischen Organisationen ist das ein Riesenerfolg!" freut sich der Nepalexperte Hermann Warth. "Die von der Weltbank angegebenen Gründe für die Streichung entsprechen exakt der Kritik, die diese Organisationen und wir seit Jahren vorbringen. Wir hoffen sehr, daß sich alle Geber nun mit der gleichen Vehemenz für die Alternativen einsetzen, mit der sie jahrelang Arun III verteidigt haben."

Nach der Entscheidung der Weltbank Arun III nicht zu fördern, ist anzunehmen, daß auch der deutsche Zuschuß in Höhe von 235 Millionen Mark für die Finanzierung des Staudammes nicht bereitgestellt wird. Es wäre der höchste Zuschuß gewesen, der je für ein Einzelprojekt vergeben wurde. Laut eines Vertrages zwischen den Regierungen Nepals und der Bundesrepublik, wird das Geld in dem Fall für andere Projekte in Nepal zur Verfügung gestellt.

Arun III, mit Kosten von über einer Milliarde Dollar, sollte als 201 Megawatt-Laufwasserkraftwerk in einem abgelegenen Tal im Osten des Landes realisiert werden. Der Staudamm und die geplante Zufahrtsstraße von 122 Kilometer Länge wurde in Deutschland zum Sinnbild für eine verfehlte Entwicklungspolitik. Nichtregierungsorganisationen, Einzelpersonen, Parlamentarier und die Presse kritisierten das Projekt heftig wegen seiner sozialen, ökologischen und ökonomischen Konsequenzen für Nepal.

Das Ende für Arun III hat unterdessen in Nepal heftige Diskussionen ausgelöst. Während Umweltschützer die Entscheidung begrüßten, hat die pro-indische 'Nepal Sadbhavana Party' das Ende des Projektes kritisiert und betont, dadurch werde zukünftig die Elektrizitätsversorgung des Landes gefährdet. Die Partei beschuldigt die Regierung, mit ihrer falschen Wirtschaftspolitik eine maßgebliche

Schuld am Ende des Projektes zu tragen. Die Organisation INHURED hat bereits angekündigt, sie werde möglicherweise die Weltbank auf Schadensersatz verklagen, weil während der zehnjährigen Prüfung der Durchführbarkeit des Projektes immense Kosten für das Land entstanden seien. ('Urgewalt'-Presseerklärung)

Uran beschlagnahmt

In der nepalischen Stadt Bhadrapur wurden Anfang August 700 Gramm Uran beschlagnahmt, die zwei nepalische Staatsbürger in ihrem Haus versteckt hielten. Eine Untersuchung ist im Gange.

Tibeter deportiert

Erneut hat Nepal tibetische Flüchtlinge nach Tibet deportiert. Wie die Zeitung 'Independent' mitteilte, seien nach der Rückschaffung von 85 Flüchtlingen zwischen Ende April und Mitte Mai erneut 150 Tibeter in ihre Heimat abgeschoben worden. Nepal akzeptiert Tibeter nicht als Flüchtlinge. Die jüngsten Aktionen der nepalischen Regierung wurden von der deutschen Organisation 'Nepal Watch' in Berlin scharf kritisiert. In einem offenen Brief, der im August an Premierminister Adhikari gerichtet wurde, heißt es u.a.: "... We strongly protest against the repeated deportation of Tibetan refugees from Nepal - which does not deserve the reputation of a tolerant, peaceful country anymore. During the popular movement in 1990 Nepal was in dire need of solidarity from abroad, also in need of support against the bloody cruelty. We gladly supported your request for the protection of human rights in Nepal. We still do! But certainly not only the human rights of Nepalis but of refugees from other countries as well. We fail to understand why you apply a double standard! Almost one lakh (100.000 d.Red.) Bhutanese refugees are getting all the assistance they need while refugees from Tibet who usually only want to pass through to India are deported... The present government put the protection of human rights high on her agenda. But the words sound hollow if you don't stop the deportation of children, women and men who seek shelter in your country, and if you try to please the Chinese government in Beijing instead...".

Unterdessen hat der nepalische Botschafter in Beijing, Tulsi Lal

Amatya, einen Empfang anlässlich des 40. Jahrestages der Einrichtung diplomatischer Vertretungen zwischen beiden Ländern gegeben. Dabei wurde vom nepalischen Botschafter die traditionell gute Freundschaft zwischen beiden Staaten gewürdigt.

Menschenrechtspreis

Premierminister Adhikari betonte anlässlich der Verleihung des 'Prakash Kafley Human Rights Award' an den nepalischen Journalisten Binaya Kumar Kasaju Ende Juli, seine Regierung sei entschlossen, die Menschenrechte zu wahren. Sie sollten über politischen Interessen stehen, deshalb würden alle Anstrengungen unternommen, sie zu schützen. Alle, die sich der Verletzungen der Menschenrechte schuldig machten, müssten bestraft werden, egal, welche Position und Macht sie im Staate innehätten. Adhikari betonte weiterhin, Menschenrechtsaktivisten sollten sich nicht nur für die Einhaltung der politischen Rechte einsetzen, sondern verstärkt auch soziale Rechte einklagen. In diesem Zusammenhang

erwähnte der Premier den Einsatz für die Verbesserung der Situation von Frauen, ein Ende der Ausbeutung von Kindern und Kinderarbeit und den Einsatz gegen Prostitution.

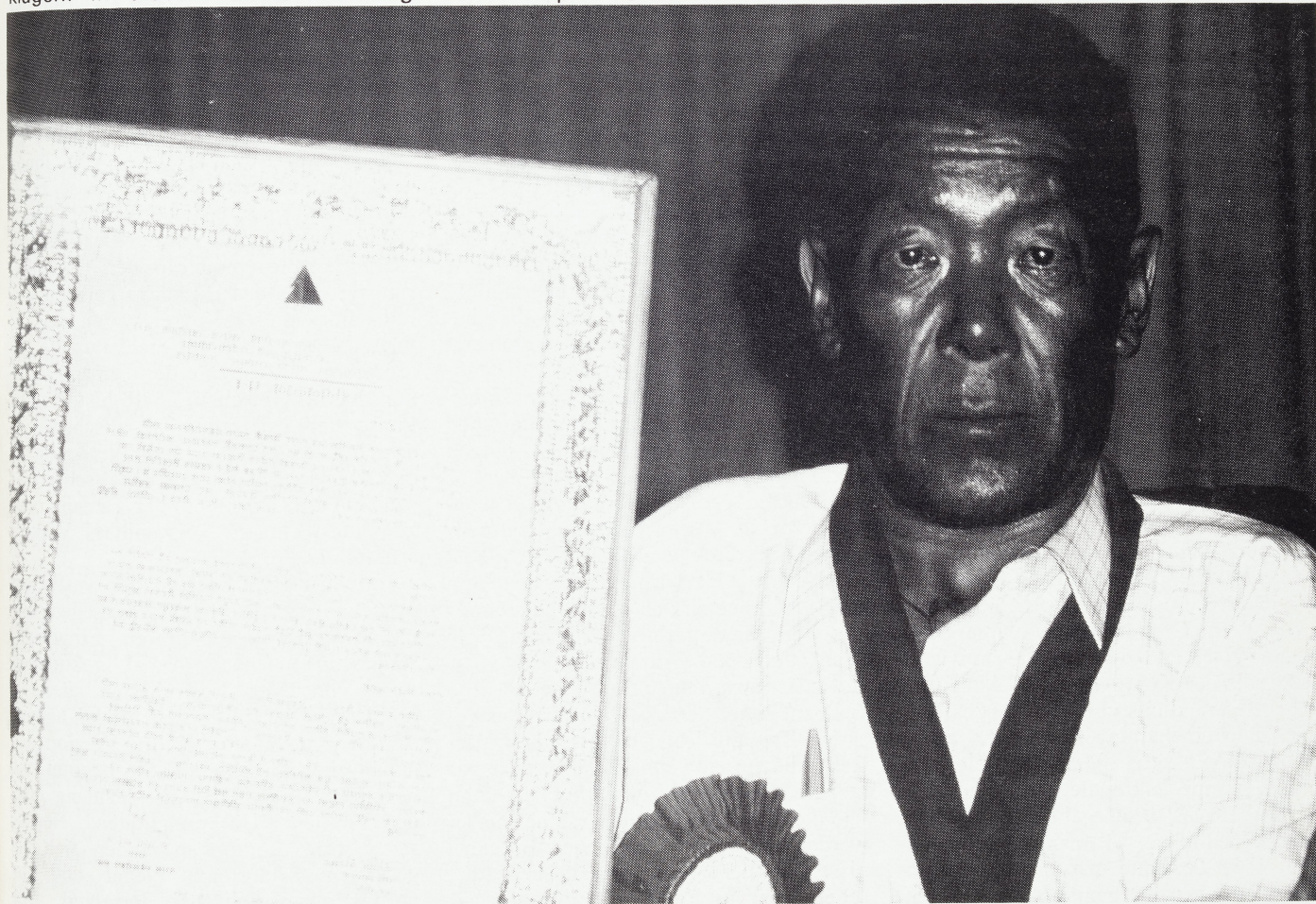
Neuer Haushalt

Finanzminister Bharat M. Addikari präsentierte am 11. Juli den Haushalt für das Haushaltsjahr 1995/96. Danach belaufen sich die Gesamtausgaben auf rund 53 Mrd. Rupien; der Anteil des Entwicklungsetats beträgt knapp 60 Prozent. Dem stehen Einnahmen in Höhe von 37 Mrd. Rupien (inklusive 5,4 Mrd. Auslandshilfe) gegenüber. Das Defizit, das etwa 16 Mrd. Rupien beträgt, soll über Kredite gedeckt werden. Zu den wichtigsten Entwicklungsprioritäten gehören die Bereiche Landwirtschaft und Energie. Der neue Haushalt enthält auch ein Neun-Punkte-Programm mit dem Ziel der Abschaffung von Armut, Hunger und Analphabetismus bis zum Jahr 2005. Dabei sollen unter anderem in jedem Wahlkreis zwei Millionen Rupien für Bildungs- und Gesundheitsprojekte sowie 1,5 Millionen Rupien für Straßenbau- und

kleinere Bewässerungsprojekte investiert werden.

Neue politische Parteien

Für die vermutlich im November diesen Jahres stattfindenden vorgezogenen Parlamentsneuwahlen haben sich bis zum vorgeschriebenen Ende der Anmeldefrist, dem 13. Juli, insgesamt 97 Parteien registrieren lassen, darunter auch eine Reihe neuer Parteien. So tritt erstmals die 'Nepal Socialist Peoples Party' an, die sich von der NSP abgespalten hat. Ziel der neuen politischen Gruppierung ist die Abschaffung aller Formen der Diskriminierung. Sie tritt für Demokratie und soziale Gerechtigkeit ein. Die 'People's United Front' verdankt ihre Gründung ebenfalls einer Spaltung. Mohan Chandra Adhikari und weitere ehemalige Mitglieder der regierenden 'Nepal Communist Party-UML' haben diese neue Partei gegründet. Am 12. Juli konstituierte sich die 'Revolutionary Left Front', die auf eine "Mobilisierung aller linken, patriotischen und demokratischen Elemente des Landes" abzielt.



Anlässlich einer Feier der 'Nepal Mountaineering Association' (NMA) wurden kürzlich über 100 nepalische Bergsteiger von Premierminister Adhikari geehrt. Unter ihnen befand sich auch der 47-jährige Angrita Sherpa, im Volksmund als "Leopard of Snow" und "Son of the Himalayas" bezeichnet. Er hat bereits neun Mal den Mt. Everest bestiegen und hält damit einen unangefochtenen Weltrekord. Nach Informationen der NMA haben über 110 Nepalesen während der vergangenen 40 Jahre den höchsten Berg der Welt bestiegen (Foto: Walter Keller).